



UMWELT / REDAKTION

CO2 - Verschiebespiel ...

(SB) - 99 Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, bei den Klimaschutzverhandlungen in Katowice nicht zuzulassen, daß sich Staaten mittels des CDM (Mechanismus zur nachhaltigen Entwicklung) vom Klimaschutz freikaufen können ... (S. 18)

Kooperationspartner

- 6 Nicaragua - "Das wichtigste ist, die Diktatur loszuwerden" (poonal)
- 8 Mexiko - Umstrittene Gesetzesinitiative für Agrarentwicklungsgesetz Ejido (poonal)
- 10 Chile - Getöteter Mapuche war im Visier der Behörden (poonal)
- 11 An US-Senator Bernie Sanders von über 100 Intellektuellen und Aktivisten aus den USA (Pressenza)
- 16 Abzug kubanischer Ärzt*innen aus Brasilien (poonal)

ADVENT



... (Seite 9)

Messe links - Dialektik der Führung ...

Lou Marin im Gespräch

Interview am 3. November 2018 in Nürnberg



Lou Marin

Foto: © 2018 by Schattenblick

(SB) - Lou Marin lebt als Journalist, Buchautor und Übersetzer seit 2001 in Marseille. Seit Ende der Siebzigerjahre ist er in gewaltfreien Aktionsgruppen im Rahmen der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Er engagierte sich in der Friedensbewegung der Achtzigerjahre sowie in antimilitaristischen, antisexistischen und anti-rassistischen Initiativen der Neunzigerjahre. Seit 1980 ist Lou Marin Autor, Redaktionsmitglied (1984 bis 2001) und bis heute

Mitherausgeber der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung Graswurzelrevolution. Neben weiteren Themenschwerpunkten beschäftigt er sich seit vielen Jahren mit dem libertären Camus wie auch Simone Weil und M.K. Gandhi.

Bei der 23. Linken Literaturmesse stellte er das Buch "Im Kampf gegen die Tyrannei. Gewaltfrei-revolutionäre Massenbewegungen in arabischen und islamischen Gesellschaften: der zivile Widerstand in Syrien 2011-2013 und die 'Republikanischen Brü-

der' im Sudan 1983-1985" [1] vor, das er gemeinsam mit Guillaume Gamblin und Pierre Sommermeier herausgegeben hat. Im Anschluß daran beantwortete er dem Schattenblick einige vertiefende Fragen zum gewaltfreien Anarchismus, zu Rätestrukturen und zu antikolonialistischen Positionen.

Schattenblick (SB): Was hat dich lebensgeschichtlich dazu bewogen, eine gewaltfreie und dennoch revolutionäre Position zu vertreten?

Lou Marin (LM): Der wesentliche Auslöser war meine Kriegsdienstverweigerung. Ich wünsche mir diesen Zustand nicht zurück, denn damals herrschte Kriegspflicht, und ich mußte im Alter von 18 Jahren die Entscheidung treffen, ob ich zur Bundeswehr gehen wollte oder nicht. Ich stamme aus einem sehr konservativen Elternhaus und war in meinem Dorf neben einem anderen aus meinem Jahrgang der einzige Kriegsdienstverweigerer. Das hat mich stark geprägt. Auf der Suche nach Argumenten für meine Verweigerung bin ich auf die Graswurzelrevolution gestoßen. Ich habe durchaus andere Sachen ausprobiert und beispielsweise einen Stein geworfen, um zu prüfen, wie es sich anfühlt. Aber die Verbindung von gewaltfreier Aktion und Anarchismus war dann schon sehr schnell meine Heimat, in die ich 1980 als zweite Generation hineingewachsen bin. Ich habe immer gesagt, wenn es die Graswurzelrevolution nicht schon gegeben hätte, hätte man sie erfinden müssen.

SB: Du hast erzählt, daß du nun schon seit mehreren Jahren in

Marseille lebst. Wie bist du denn dahin gekommen?

LM: Das hatte dann etwas mit meiner Arbeit in der Graswurzelrevolution zu tun. Ich gehörte der Redaktion an, wir haben Aktionen durchgeführt, und ich habe mich auch für die theoretische Arbeit derjenigen Bewegungen und Personen interessiert, auf die wir uns beziehen, und davon gibt es sehr viele bekannte und weniger bekannte. Ein Aktivist hat mich darauf hingewiesen, das Konzept der Revolte von Camus auch aus unserer Sicht zu sehen. "Der Mensch in der Revolte" von Camus hat sich als sehr ergiebig für mich erwiesen. In diesem Buch nimmt er explizit Bezug auf die anarchistischen Sektionen der Ersten Internationale, also insbesondere die bakunistischen Gruppierungen. Da mich das sehr interessiert, bin ich damals von Heidelberg, wo die Graswurzelrevolution eine Redaktion hatte, oft nach Paris in die Bibliotheken gefahren und habe dort die anarchistischen Zeitschriften durchgesehen. Dabei habe ich diverse Artikel Camus' gefunden, welche die Camus-Experten - alles Literaturwissenschaftlerinnen oder Philosophinnen - in anarchistischen Zeitschriften überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, weil man sie als Wissenschaftler in der üblichen Herangehensweise eben nicht liest. Das hat mich nicht mehr losgelassen, ich habe darüber einen Bezug zu Frankreich entwickelt und wollte mit 40 Jahren raus aus Deutschland. Es gab also mehrere Gründe.

Nach Paris wollte ich aber nicht umziehen, weil das zu sehr Moloch war, sondern lieber in den wärmeren Süden. Ich wußte, daß

es in Marseille das anarchistische Forschungszentrum "Centre international de recherche sur l'anarchisme" (CIRA) gab, und weil ich auch aus Zeitungs- und Aktionszusammenhängen, bei denen ich lange mitgemacht hatte, weg war, wollte ich die Zeit nutzen, um zu forschen und mich natürlich auch ein bißchen in Frankreich einzuklinken. Da ich viel mehr freie Zeit als bei einer regelmäßigen Zeitungs- und Aktionsarbeit hatte, konnte ich mich intensiver mit Camus zu beschäftigen. Seither sind daraus viele Übersetzungen und Arbeiten auch zu anderen Büchern hervorgegangen. Das hat mit diesem Abstand zu tun, den ich in Marseille habe, wo ich auch bei der anarchistischen Bibliothek mitarbeite. So ist das gekommen.

SB: Wie siehst du das Verhältnis zwischen einer gewaltfreien Basisbewegung und einer anarchistischen Bewegung, die ja nicht unbedingt identisch sind?

LM: Da gibt es schon Unterschiede. Bei uns gibt es einerseits den bürgerlichen Pazifismus, mit dem wir immer zu tun hatten, sei es in der deutschen Friedensbewegung, bei den War resisters international oder in einzelnen Sektionen der Deutschen Friedensgesellschaft, dessen wesentliches Kennzeichen die Verhandlung mit der Regierung ist. Es gab sogar vor einigen Jahren ein Buch darüber, das inzwischen komplett überflüssig ist, mit dem Islamischen Staat zu verhandeln. Wer ein wenig in der Herrschaftsanalyse bewandert ist - und das ist jetzt keine Befürwortung des Bombenkriegs - muß wissen, daß man mit Strukturen wie dem IS nicht verhandeln kann. Deswegen

ist für mich eine Gewaltfreiheit wichtig, die staatliche Gewalt, wie es auch Gandhi sagt, als die konzentrierteste Form der Gewalt wahrnimmt. Wir haben immer gesagt, wenn man Gewaltfreiheit richtig durchdenkt, dann landet man beim Anarchismus. Anarchismus aber eben verstanden als gewaltfreier Anarchismus, denn bewaffnete Gegengewalt und ein mit diesen Mitteln organisierter Widerstand ist eine Entscheidung für Herrschaft. Man entscheidet sich für einen Herrschaftsmechanismus, ganz egal, ob er jetzt effektiv ist oder nicht. Natürlich kann Bewaffnung auch effektiv sein, aber man entscheidet sich für Herrschaft. Deswegen ist für uns im engeren Sinne eine bewaffnete Organisation stets eine Entscheidung gegen Herrschaftsfreiheit und Herrschaftskritik. Daher sagen wir umgekehrt auch, wer den Anarchismus gründlich durchdenkt, landet bei der Gewaltfreiheit.

So ergänzen sich beide, und wir arbeiten auch mit beiden zusammen, in bestimmten Kampagnen mit bürgerlichen Pazifisten, die Verhandlungen mit Regierenden nicht ausschließen, und ebenso mit Autonomen und anderen. Gerade jetzt bei den Kampagnen zivilen Ungehorsams kann man ja feststellen, daß Autonome, ehemalige Autonome, interventionistische Linke auch Aktionen zivilen Ungehorsams durchführen. Wir bestehen nicht darauf, daß sie es gewaltfrei nennen müssen. Wenn sie es nur aus taktischen Gründen machen oder weil es effizient ist, wie man es beim Hambacher Forst sieht, dann ist uns das auch recht.

SB: Du hast in deinem Vortrag ausgeführt, wie im Zuge der Or-

ganisierung der Massenbewegung in Syrien eine Rätestruktur entwickelt wurde. Würdest du es als eine grundsätzliche Frage einer Massenbewegung bezeichnen, die Fortsetzung und Verstetigung auf die eine oder andere Weise in festere Strukturen einzubinden?

LM: Wie ich bei der Buchvorstellung "Der Kampf gegen die Tyrannei" dargelegt habe, zeigt die Rätebewegung in Syrien, daß die Bewegung einen sozialrevolutionären Charakter hatte. Es war nicht einfach nur eine Bewegung gegen Assad, die ansonsten alles beim alten lassen wollte. Vielmehr bildeten sich Räte in Betrieben wie auch in Nachbarschaftsgebieten, wo die Verwaltung zusammengebrochen war und sich die Leute selbst organisieren mußten, oder wo im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen ein befreites Gebiet entstanden war. Wie an anderen Schauplätzen zeigte sich auch in Syrien, daß die Leute über Selbstorganisation dazu finden, ihre Angelegenheiten eigenständig zu verwalten, ohne auf Parteien und staatliche Strukturen zurückgreifen zu müssen. Das ist sehr wichtig. Allerdings sind auch die Räte nicht davor gefeit, okkupiert und abgeschafft zu werden. Das weiß man seit den Räten in der russischen Revolution, die von der bolschewistischen Partei majorisiert wurden, wie auch von der SPD, die in der deutschen Revolution die Räte wieder abgeschafft hat, wie das auch in manchen Teilen Syriens seitens der Freien Syrischen Armee geschah.

Selbstorganisation ist zu begrüßen und zu unterstützen, aber die Räte müssen auch zu bestimmten Beschlüssen gelangen, die ihrem

eigenen Fortbestand geschuldet sind. Das ist auch in Syrien schwierig und nur phasenweise der Fall gewesen, denn wenn sich Räte organisieren, sind es die Belegschaften der Fabriken oder die Bewohner eines Stadtteils, nicht aber Parteien oder andere Körperschaften. Für die Räte heißt das in einem solchen Prozeß, daß sie Prinzipien festlegen müssen, ob sie Parteien zulassen wollen oder nicht. In Kronstadt hieß es, entweder Räte oder Parteileute. Lassen Räte hingegen Parteien zu, laufen sie Gefahr, daß letztendlich ihre eigene Rätestruktur durch ein Parteimonopol abgeschafft oder durch Milizen dominiert wird.

SB: Im Sudan hat eine gewaltfreie Massenbewegung den Machthaber Dschafar an-Numairi gestürzt, in Syrien mußte die Bewegung eine Niederlage hinnehmen. Gibt es Anhaltspunkte dafür, worauf man diesen unterschiedlichen Verlauf zurückführen könnte?

LM: Das ist schwer zu sagen. So groß ist der Unterschied zwischen diesen beiden Ländern von der Zusammensetzung der Bevölkerung her gar nicht. Syrien hat sehr viele Minderheiten, Assad selbst gehört der Minderheit der Aleviten an, und es gibt natürlich Strategien, die Minderheiten gegeneinander auszuspielen, was auch in erheblichem Maße gelungen ist. Der Sudan war seit jeher zweigespalten in einen muslimischen Norden und einen animistisch-christlichen Süden. Dschafar an-Numairi war ursprünglich ein säkularer freier Offizier wie Nasser oder Gaddafi, der sich 1969 an die Macht geputscht hatte. Auch ein progressiver Machthaber ist nicht gefeit, religiöse

Ideologien der übelsten Sorte zu übernehmen, und so wurde an-Numairi zu einem islamistischen Hardliner. Da er die Mehrheitskultur für sich beansprucht hat, mußte es jemand aus der Mehrheitskultur sein, der ihn wie Mahmud Taha ernsthaft herausfordern konnte. Anders wäre die Popularität der Bewegung gegen Numairi nie zustande gekommen.

Verschwörungstheorien besagen, die syrische Bewegung sei von Anfang an von den USA und vom Westen insgesamt beeinflusst und instrumentalisiert worden. Diese Auffassung unterschlägt jedoch, daß im Grunde immer ein Anteil eigenständiger Kultur erforderlich ist, aus dem Widerstand begründet wird. Um ein aufschlußreiches Beispiel aus dem indischen Antikolonialismus zu nennen, mit dem ich mich ausgiebig beschäftigt habe: In Indien existierten verurteilenswerte Formen der Witwenverbrennung, die der aufgeklärte britische Kolonialherr verboten hat. Was war das Ergebnis? Die Witwen sind trotzdem auf den Scheiterhaufen gegangen und haben das als antikolonialen Akt verstanden. Ähnliche Mechanismen hat es auch im Sudan gegeben. Deswegen kann man Widerstand nie zu 100 Prozent aus der Kultur der Kolonialherren oder ausländischen Mächte begründen. Es müssen vielmehr immer Anteile einer eigenständigen einheimischen Kultur sein, aus der sich das Aufbegehren begründen läßt.

In Syrien spielten religiöse und nichtreligiöse Strömungen im Widerstand zusammen. Die islamischen Anteile waren wichtig, da sie allein eine Herausforderung für islamistische, dschihadistische Gruppierungen darstell-

ten. Sie entstammten deren eigener Kultur, beharrten aber darauf, daß es nicht festgeschrieben und keineswegs der Islam an sich sei, was diese Milizen durchsetzen wollten. Im Sudan hatte Mahmud Taha die Trennung von Kirche und Staat aus dem Islam begründet. Meist handelt es sich dabei um eine häretische Tradition. Das wirkt einfach mehr als die Belehrung von außen, im Westen seien schon vor 200 Jahren Republiken entstanden, die diese Trennung etabliert haben.

In der Graswurzelrevolution schauen wir uns diese religiösen Kulturen genau an und unterscheiden in drei Strömungen. Wir lehnen die Orthodoxie mit den offiziellen kirchlichen Institutionen ab und bekämpfen sie. Dann gibt es die fundamentalistischen Strömungen im Islam, den Islamismus, den wir ebenfalls ablehnen und bekämpfen. Die häretischen Strömungen - Taha wurde als Ketzer hingerichtet, obwohl er aus dem Islam heraus argumentiert hat - wie insbesondere den Sufismus, der die nach außen gerichtete, sichtbare, rituelle Ausübung der Religion wie die fünf täglichen Gebete und einmal im Leben auf Pilgerfahrt nach Mekka reisen ablehnt und einen nach innen gerichteten Mystizismus und einen ausgeprägten Individualismus praktiziert, unterstützen wir. Der Sufismus sagt, ich selber muß so vollkommen werden wie der Prophet und kann damit frei und ohne Strafe Gottes sein. Taha hatte anarchistische Visionen, weil er die Strafe an sich kritisierte. So etwas kann nur im Sufismus entstehen. Aber nicht alle sufistischen Strömungen sind emanzipatorisch, man muß auch da noch einmal genau-

er hinsehen und die Inhalte betrachten. Es gibt jedoch solche emanzipatorischen Inhalte und die sind in bestimmten Regionen äußerst populär.

SB: Du nimmst in dem Buch einen antikolonialistischen Standpunkt ein, indem du die Menschen sprechen läßt, die in Syrien oder im Exil leben. Warum ist es deines Erachtens so wichtig, nicht nur mit dem westlichen Blick heranzugehen?

LM: Ich finde das wichtig, aber es ist keine absolute Bedingung. Im Teil über den Sudan verhält es sich nicht so, da er auf wichtigen Arbeiten in englischer Sprache gründet, die ich ausgewertet und selber zusammengestellt habe. Wir haben in unseren Kreisen niemanden, der aus dem Sudan kommt und darüber schreiben kann. Es gibt einen Diskurs in der Linken, es sei Eurozentrismus, wenn man Bewegungen der südlichen Hemisphäre und noch dazu ihre Philosophie beschreibt. Das ist auch nicht ganz falsch. Deswegen haben wir versucht, wo sich die Gelegenheit bietet, auf einheimische Quellen zurückzugreifen. Die französischen Mitherausgeber haben unabhängige syrische Websites durchforstet und selber übersetzt. In diesem Fall waren es syrische Stimmen, und wir fanden es besser, sie zu veröffentlichen, als darüber zu schreiben.

SB: Ein Teil der Linken argumentiert auf der Ebene der Staaten und hebt hervor, welche Mächte sich gegen andere verbünden, um daraus eine Position zu Syrien abzuleiten. Was entgegnest du dieser Herangehensweise?

LM: Uns kommt es bei dem Buch ausschließlich auf die Basisbewegungen an, nicht auf die Parteien und den syrischen Nationalrat, der eine Art Exilregierung bildet. Uns interessiert, was wir selber sind, nämlich Basisbewegungen. Wir sind eine Graswurzelbewegung, nicht parteiförmig organisiert, und versuchen, die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu revolutionieren. Das gibt es auch in anderen Ländern, und diese Bewegungen wollen wir in den Vordergrund stellen. In dem Buch geht es nicht um die ausländischen Interventionsmächte. Es geht nicht um die Interessen Rußlands, Saudi-Arabiens, der USA oder der Waffenindustrie, dazu gibt es viele Bücher, und auch wir hätten darüber schreiben können. Aber das ist für uns sekundär. Es spielt natürlich eine große Rolle im Bürgerkrieg, weil es dazu beiträgt, die Bewegungen repressiv niederzumachen. Aber zunächst einmal ist uns wichtig, daß es in Syrien einen eigenständigen Willen großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der ärmeren Schichten, gibt, gegen das Regime aufzubegehren. Das ist für uns typisch in den arabischen Aufständen gewesen, ob in Tunesien, Ägypten oder Syrien, und in diesem Rahmen muß man es sehen. So ist die Bewegung entstanden, und dann ist es sekundär, ob sich

eine westliche Macht das wünscht oder nicht.

Im Grunde ist es dieselbe Diskussion wie mit Stalinisten im Kalten Krieg über Aufstände in Osteuropa, deren Staaten damals die Sowjetunion als Schutzmacht hatten. Es wurde argumentiert, das sei alles reaktionär und diene dem Imperialismus. Man kann sogar einräumen, daß es letztendlich genau dazu gekommen ist, aber ursprünglich war es völlig legitim, weil es der Stimmung der Bevölkerung entsprach. Da es in Osteuropa zum Kapitalismus geführt hat, ist wiederum eine Bewegung von unten, eine Revolte von unten erforderlich, die sich gegen kapitalistische Strukturen richtet - so versuchen wir da heranzugehen.

SB: Lou, vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] Guillaume Gamblin, Pierre Sommermeyer, Lou Marin (Hg.): Im Kampf gegen die Tyrannei. Gewaltfrei-revolutionäre Massenbewegungen in arabischen und islamischen Gesellschaften: der zivile Widerstand in Syrien 2011-2013 und die "Republikanischen Brüder" im Sudan 1983-1985, Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2018, 144 Seiten, 13,90 Euro, ISBN: 978-3-939045-34-2

Berichte und Interviews zur 23. Linken Literaturmesse in Nürnberg im Schattenblick unter:
www.schattenblick.de → INFOPOOL → DIE BRILLE → REPORT:

BERICHT/087: Messe links - sich richtig stellen und richtigstellen ... (SB)
BERICHT/088: Messe links - Glut in der Asche ... (SB)

BERICHT/089: Messe links - G20, die Straße rebelliert ... (SB)

BERICHT/090: Messe links - die langen Arme der Türkei ... (SB)

BERICHT/091: Messe links - gewaltfrei fing es an ... (SB)

INTERVIEW/105: Messe links - Irrtum ausgeschlossen ... Nick Brauns im Gespräch (SB)

INTERVIEW/106: Messe links - Protestparteienwahl entlädt soziale Qual ... Werner Seppmann im Gespräch (SB)

INTERVIEW/107: Messe links - die Revolution jagt die Geschichte ... Kurt Baumann im Gespräch (SB)

INTERVIEW/108: Messe links - von oben verworfen ... Achim Szepanski im Gespräch (SB)

INTERVIEW/109: Messe links - Gleichberechtigung noch auf dem Weg ... Ingrid Artus im Gespräch (SB)

INTERVIEW/110: Messe links - der Preis für die Stimme ... Martin Baluch im Gespräch (SB)

INTERVIEW/111: Messe links - vorverurteilt ... Inigo Schmitt-Reinholtz im Gespräch (SB)

INTERVIEW/112: Messe links - ökosozialistische Vision ... Bruno Kern im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbri0113.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Nicaragua

Das wichtigste ist, die Diktatur loszuwerden

von Antje Vieth und Darius Ossami



*Mónica Baltondano (2. v. links),
Amaru Ruíz Alemán (Mitte) und
Julio López Campos
Foto: © NPLA*

(Berlin, 4. Dezember 2018, npl) - Zwar ist es in den vergangenen Monaten in Nicaragua etwas ruhiger geworden. Doch nur mit Mühe kann die Regierung unter Präsident Daniel Ortega die Fassade eines Normalzustandes aufrecht erhalten. Wie geht es nun weiter nach den landesweiten Protesten? Bislang haben staatliche Sicherheitskräfte rund 500 Tote zu verantworten. Im Oktober 2018 kamen drei führende Oppositionelle und ehemalige Weggefährt*innen Ortegas nach Berlin,

um zu berichten, was sich aus ihrer Sicht in Nicaragua zugetragen hat und wie Auswege aus der Situation aussehen könnten.

Amaru Ruíz Alemán ist Vorsitzender der Umwelt-NGO Fundación del Río [1], die unter anderem gegen ein Kanalbauprojekt mit gigantischen Ausmaßen im Süden Nicaraguas kämpft. Seine Organisation unterstützt die dort lebenden Indigenen und setzt sich für das Biosphärenreservat Indio Maíz ein - oder das, was nach dem Brand am 3. April noch übrig geblieben ist. Ruíz Alemán erzählt: "Der Brand wurde von einem der Siedler verursacht, die zu der Zeit im Schutzgebiet waren.

Wir haben sofort die Öffentlichkeit über das Feuer alarmiert und davor gewarnt, dass sich das Feuer bis ins Innere des Naturschutzgebietes ausbreiten könnte, wenn es nicht schnell gelöscht wird."

Doch die Appelle haben nichts gebracht: Erst viel zu spät schickte die Regierung Soldaten, die es aber nicht schafften, das Feuer zu löschen. Trotzdem lehnte Nicaragua angebotene Hilfe aus Mexiko und Costa Rica ab. Der Grund dafür liegt daran, dass der politische Wille dazu fehlt, vermutet Ruíz: "Es gibt wirtschaftliche Interessen in dem Gebiet: Holz, Palmöl, Bergbau. Und genau diesen wirtschaftlichen Interessen stehen die natürlichen Ressourcen im Weg, die es hier im Südosten noch gibt".

Nach dem Feuer

Die mangelhafte Unterstützung der Regierung sorgte für die ersten Proteste in Managua, 500 bis 600 Leute gingen auf die Straße. Schon diese Versammlungen wurden gewaltsam unterdrückt. Doch mit dem Versuch der Regierung, die Sozialversicherungs- und Arbeitnehmerbeiträge zu erhöhen und das Renten zu kürzen, eskalierte [2] am 18. April 2018 die Situation. Tausende von Menschen gingen auf die Straße und

es kam zu tagelangen Auseinandersetzungen mit Dutzenden Toten. Die Menschen protestierten nun nicht mehr nur gegen die Sozialreform, sondern forderten den Rücktritt der Regierung.

Mónica Baltodano ist wohl eine der bekanntesten linken Kritikerinnen der Regierung von Daniel Ortega und seiner Frau, der Vizepräsidentin Rosario Murillo. Baltodano war Kommandantin der Revolution von 1979 und langjähriges Führungsmitglied des Frente Sandinista, FSLN. 2005 hat sie mit Daniel Ortega gebrochen und ihre eigene Oppositionsgruppe Rescate del Sandinismo (den Sandinismus retten) gegründet. Für Mónica Baltodano kamen die Ereignisse ab dem 18. April unerwartet: "Es herrschte eine absolute Kontrolle, fast wie in einer Monarchie. Die Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt. Wenn die Opposition oder andere Protestgruppen auf die Straße gingen, kam nicht nur die Polizei, sondern dann kamen Schlägertrupps. Die Angst und Repression, das war wie ein Kessel unter Druck, der auf einmal explodiert ist." Landesweit stieg die Zahl der Toten, aber die Proteste nahmen trotzdem weiter zu, die Demonstrationen wurden immer massiver. Am 30. Mai wurde eine Demonstration mit bis zu einer halben Million Menschen beschossen, 18 Menschen starben. Daraufhin wurden im ganzen Land, auch in abgelegenen Gemeinden, Barrikaden und Straßensperren errichtet.

Kampfgefährten aus Zeiten der Revolution

Der Politikwissenschaftler Julio López Campos ist eine der histo-

rischen Führungspersonen der FSLN und war 30 Jahre mit Ortega befreundet. Er beschreibt die Lage so: "Als die Demonstrationen begannen, war die Regierung total isoliert; sie stand kurz vor dem Zusammenbruch." Doch dann, so López, habe die Regierung ihre Taktik geändert. Sie habe gezielt falsche Nachrichten verbreitet, konnte so eine eigene Version der Ereignisse in der Öffentlichkeit verbreiten, ihre Anhänger*innen mobilisieren und zu einer Gegenoffensive aufrufen.

López fällt es spürbar schwer zu begreifen, dass der alte Kampfgefährte nun von der Mehrheit der Bevölkerung als blutrünstiger Diktator gesehen wird. "In den Sechzigern war ich Schulsprecher an der größten Oberschule in Nicaragua und Daniel war Sprecher an einer anderen Schule. Wir arbeiten zusammen und organisierten Protestveranstaltungen gegen Somoza, 1959 waren vier Studenten von den Schergen Somozas ermordet worden und wir haben uns koordiniert, um an dieses Massaker an den Studenten zu denken. Und heute ist Daniel selbst verantwortlich für den Mord an über 400 Studenten."

Die politischen Gefangenen müssen raus

Inzwischen sind die Proteste in Nicaragua abgeflaut, viele Oppositionelle sitzen im Gefängnis oder sind geflohen. López meint, der nächste Schritt sei, Daniel Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo aus der Regierung kriegeln, damit zuerst die Repression aufhöre. Die vielen politischen Gefangenen müssten raus, die fast 20.000 ins Exil

geflüchteten Nicaraguaner*innen müssten zurückkehren können. Danach könne man darüber reden, wie das Land zu demokratisieren sei. Für Mónica Baltodano ist es eine große Herausforderung, dass die meisten Demonstrierenden den Sandinismus nur als Regierungspropaganda kennen würden. "Wir sind gegen diese Regierung, aber wir sind Sandinisten. Ortega führt einen sandinistischen, linken Diskurs, aber in der Praxis sind seine großen Verbündeten die Banken, internationale Unternehmen, die Millionäre. Keine der rechten Regierungen von 1990 bis 2007 war so repressiv und kriminell wie die Regierung Ortega." Und auch Baltodano schließt mit den Worten: "Das wichtigste für die Nicaraguaner*innen ist, die Diktatur loszuwerden. Dann können wir weiterreden."

Unabhängig von den Protesten gegen Ortega liegt das ehrgeizige Kanalprojekt, das ganz Nicaragua durchschneiden soll, erst einmal auf Eis. Das könnte aber nur eine Frage der Zeit sein; zu viele weitere Megaprojekte hängen an dem Kanal, wie der Bau eines Tiefwasserhafens, einer Pipeline und Hotels. Saúl Obregon, ebenfalls Sprecher der Fundación del Río, ist sicher: "Dieses Projekt ist nicht für die lokale Bevölkerung gedacht, sondern für Unternehmen und einen Wirtschaftssektor, der sich in ganz Nicaragua ausbreitet. Es sind multinationale Unternehmen, deren Interesse es vor allem ist, Kosten zu senken. Aber die Umwelt und wir Menschen, die in den Gebieten leben, interessieren sie nicht."

In der Tat: Der Kanal führt durch den größten Süßwasserspeicher

Mittelamerikas, die Vermischung des Süß- und Salzwassers hätte nicht nur für die unmittelbar auf dem Land lebenden Menschen fatale Folgen. Experten rechnen mit irreparablen Schäden für dieses wichtige Biotop. Selbst wenn das chinesische Unternehmen HKND seine Anteile wirklich verkauft, so bleibt doch die Konzession für den Kanal noch 50 Jahre gültig. Für die Fundación del Río und die Gegner*innen des Projekts geht es also auch darum, dass die Konzession widerrufen wird. Darum werden sie weiter kämpfen.

Egal, wie lange sich Daniel Ortega und Rosario Murillo noch an der Macht halten können: Man muss davon ausgehen, das

es linke Positionen in Zukunft in Nicaragua sehr schwer haben werden und dass mächtige Gruppen wie der Unternehmerverband, die Kirchen und die Armee alles daran setzen werden, ihren Einfluss zu behalten - ob mit oder ohne Ortega.

Zu diesem Artikel gibt es auch einen Audiobeitrag bei Radio onda
<https://www.npla.de/podcast/sprecherinnen-der-opposition-auf-europa-tour/>

Anmerkungen:

[1] <http://www.fundaciondelrio.org/>

[2] <https://www.npla.de/poonal/nicaragua-der-unerwartete-ausbruch/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/das-wichtigste-ist-die-diktatur-loszuwerden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0820.html>

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Umstrittene Gesetzesinitiative für Agrarentwicklungsgesetz Ejido

(Berlin, 4. Dezember 2018, *poonal*) - Die linke MORENA-Partei des neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, der am 1. Dezember sein Amt angetreten hat, hat im November einen Entwurf für ein neues Agrarentwicklungsgesetz in Mexiko vorgelegt. Dieses soll laut Beschreibung der Initiator*innen dazu dienen, die Rechte und das Land indigener Bäuer*innen zu schützen. Doch die Menschenrechtsorganisation Tequio Jurídico [1] hat den Ent-

wurf analysiert und fordert, die Gesetzesinitiative nicht anzunehmen und ein Gesetz zu erarbeiten, das die Territorien der indigenen Gemeinden schützt und ihr Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung anerkennt.

In Mexiko sind 50 Prozent des Landes in kollektivem Besitz und in Ejidos oder Gemeinden organisiert. In diesen Gebieten sind Bodenschätze und Wasservorkommen vielfach noch unberührt. Die

hohe Biodiversität zieht immer wieder das Interesse von Großunternehmen und Investor*innen auf sich und führt zu Konflikten mit den Gemeinden. Tequio Jurídico bemängelt, das neue Gesetz würde es ermöglichen, Ejidos aufzulösen, indem die Grundsätze für eine Unveräußerlichkeit und Unverpfändbarkeit von Gemeindebesitz aufgeweicht würden. Die Organisation fürchtet, dass sich so der Privatisierungsdruck weiter erhöht, sowie die

Autonomie der Indigenen und der rechtlich geschützte Status von kollektivem Landbesitz geschwächt wird.

Die Analyse der Gesetzesinitiative von Tequio Jurídico ist auf Deutsch [2] und im Original [3] verfügbar.

Anmerkungen:

[1] <https://tequiojuridico.org/>

[2] <https://tequiojuridico.org/wp-content/uploads/2018/11/Presseerkl%C3%A4rung-zur-Initiative-des-Agrarentwicklungsgesetzes-in-Mexiko-Tequio-Juridico.pdf>

[3] <https://tequiojuridico.org/wp-content/uploads/2018/11/Pronunciamiento-tj-sobre-la-iniciativa-de-Ley-para-el-Desarrollo-Agrario.pdf>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/umstrittene-gesetzesinitiative-fuer-agrar-entwicklungsgesetz/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

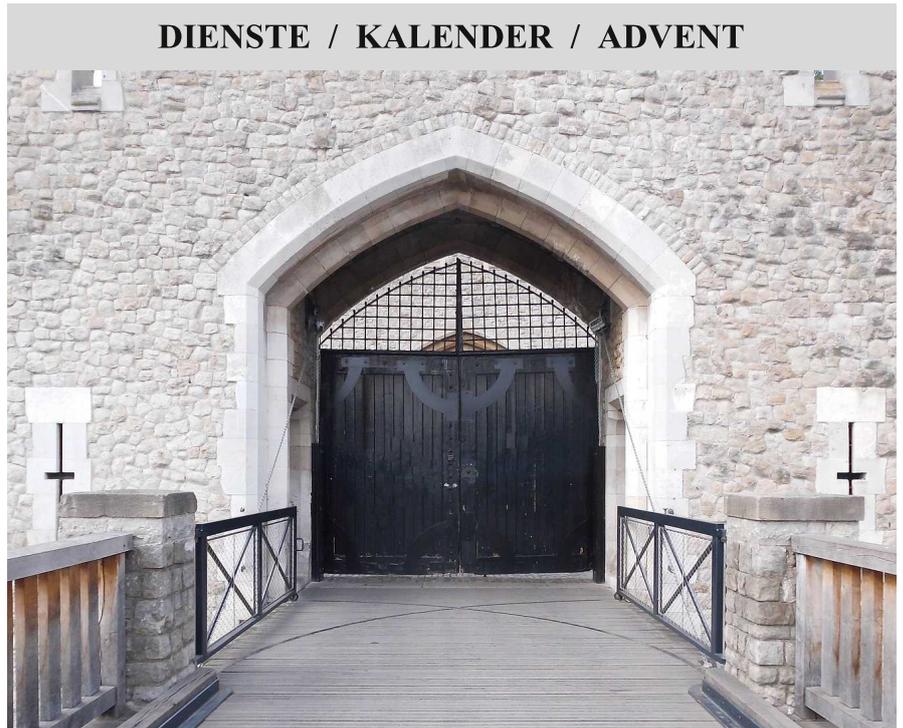
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00254.html>



Adventskalender für Freitag, den 7. Dezember

erschnüffelt und gerochen war
und jenseits der Vergleichbarkeit
für einen jeden nasenklar
die Spitze der Erreichbarkeit.

<http://www.schattenblick.de/infopool/dienste/kalender/dkad0103.html>

Kooperationspartner von Schattenblick:



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY



REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Getöteter Mapuche war im Visier der Behörden

von David Rojas-Kienzle

(Santiago de Chile, 2. Dezember 2018, *amerika21*) - Wie das investigative Nachrichtenportal Ciper [1] berichtet, war der von Militärpolizisten ermordete Mapuche Camilo Catrillanca [2] schon länger im Visier der Sicherheitsbehörden. Dem 24-Jährigen wurde am 14. November auf dem Weg von der Feldarbeit in den Hinterkopf geschossen. Die dabei eingesetzte Spezialeinheit Comando Jungla hatte nach eigenen Angaben Autodiebe auf das Gebiet der indigenen Gemeinde Temucuicui verfolgt und sei in ein Feuergefecht geraten.

Ciper hatte Zugriff auf einen geheimen Polizeibericht, der von der mittlerweile aufgelösten geheimdienstlichen Spezialeinheit der Militärpolizei (UIOE) erstellt worden war. Diese musste aufgelöst werden, nachdem ihr nachgewiesen wurde, dass sie im Fall der sogenannten "Operación huracán" massiv Beweise gefälscht hatte, um Mapuche-Anführer*innen zu kriminalisieren und in Haft zu bringen.

Catrillanca galt als "Ziel"

Aus dem Bericht geht hervor, dass Catrillanca, dem keinerlei konkrete Straftaten zugeordnet werden, im Visier der Polizei war, weil er sich seit seiner Jugend ak-

tiv für die Rechte der Mapuche und gegen die Militarisierung der indigenen Gemeinden eingesetzt hatte. Er wird dabei, neben sechs anderen prominenten Mapuche wie seinem Großvater Juan Catrillanca oder Mijael Carbone, der "Alianza Territorial Mapuche" (ATM) zugeordnet, von der die Sicherheitsbehörden behaupten, sie gehöre zu den "für die Gewalt in der Araucanía verantwortlichen Gruppen". Catrillanca und andere werden als "Ziele" definiert, die es zu beschatten und zu verfolgen gelte. Die ATM ist eine der wenigen Mapuche-Organisationen, die noch zum Dialog mit dem Staat bereit sind.

Die Stoßrichtung des Berichts ist für die weiteren erwähnten Mapuche klar: "Was sie damit erreichen wollen, ist die Mapuche-Bewegung zu stigmatisieren. Sie wollen sie mit Straftaten in Verbindung bringen und den Kampf diskreditieren", so Mijael Carbone gegenüber Ciper. Und es erklärt sich auch, warum der mittlerweile zurückgetretene Chef der Regionalverwaltung, Luis Mayol, behauptet hatte, der Getötete sei wegen Hehlerei vorbestraft. Vermutlich hatte er Zugang zu dem Bericht, in dem Catrillanca mit einem anderen Mapuche-Aktivisten in Verbindung gebracht wird, dem - nicht gerichtsfest - eben diese Straftat vorgeworfen wird.

Vier Polizisten in Haft

Inzwischen wurden von der Staatsanwaltschaft Videos von dem Mord an Catrillanca veröffentlicht. Darauf ist zu erkennen, dass alle beteiligten Polizisten Helmkameras hatten, was diese bisher bestritten hatten. Zudem ist klar widerlegt, dass es zu einem "Feuergefecht" gekommen war, wie die Polizisten bisher ausgesagt hatten, und dass die Aggression von den Kommandomitgliedern Raúl Ávila Morales, Carlos Alarcón Molina, Braulio Valenzuela Aránguiz und Patricio Sepúlveda Muñoz selber ausging. Am 30. November ordnete das Gericht an, sie in Untersuchungshaft zu nehmen.

Anmerkungen:

[1] <https://ciperchile.cl/2018/11/27/-informe-policial-secreto-camilocatrillanca-estaba-en-la-mira-de-carabineros/>

[2] <https://www.npla.de/poonaal/spannungen-nach-mord-an-jungem-mapuche/>

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poonaal/getoeteter-mapuche-war-im-visier-der-behoerden/>

Fortsetzung Seite 11:

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / OFFENER BRIEF

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

An US-Senator Bernie Sanders von über 100 Intellektuellen und Aktivisten aus den USA

von CO-OP News, 5. Dezember 2018

Am Mittwoch, den 28. November 2018, veröffentlichten über 100 Intellektuelle und Aktivisten aus den USA einen offenen Brief an US-Senator Bernie Sanders und luden andere dazu ein, ihren Namen hinzuzufügen. Sanders arbeitete daran, eine neue Senatsabstimmung über die Beendigung oder zumindest die Verringerung der US-Beteiligung am Krieg gegen Jemen zu erzwingen.

Die Unterzeichner des nachstehenden Schreibens wollen solche Schritte unterstützen und US-Se-

nator Sanders dazu drängen, dem Militarismus weitaus mehr Widerstand entgegenzusetzen und den Frieden zu unterstützen.

Am Dienstag stellte US-Senator Sanders ein neues Buch vor mit dem Titel: "Wohin gehen wir von hier: Zwei Jahre im Widerstand". Das Buch enthält 38 Abschnitte, von denen einer die Außenpolitik behandelt, jedoch keine konkreten Vorschläge beinhaltet. Am Dienstagabend sprach Sanders eine Stunde lang an der George Washington University, was live auf C-Span 2 ausgestrahlt wurde. Er diskutierte über verschiedene Themen, erwähnte jedoch nie die Außenpolitik - bis er von einem Fragesteller nach einer progressiven Außenpolitik gefragt wurde und die zweiminütige Antwort von US-Senator Sanders konzentrierte sich auf den Jemen, wofür er den möglicherweise lautesten Applaus des Abends erhielt.

Lesen Sie den Brief und fügen Sie Ihren Namen hinzu:

<https://worldbeyondwar.org/bernie>

Text des Offenen Briefes:

Wir schreiben Ihnen als Bürger der USA mit großem Respekt für Ihre Innenpolitik.

Wir unterstützen die Position von mehr als 25.000 Menschen, die

während Ihrer Präsidentschaftskampagne eine Petition unterschrieben haben, in der Sie aufgefordert werden, sich dem Militarismus entgegen zu stellen.

Wir glauben, dass Dr. Martin Luther King zu Recht behaupten konnte, dass Rassismus, extremer Materialismus und Militarismus gemeinsam und nicht getrennt voneinander in Frage gestellt werden müssen, und dass dies weiterhin der Wahrheit entspricht.

Wir glauben, dass dies nicht nur ein praktischer Rat ist, sondern ein moralischer Imperativ und - nicht zufällig - auch einer guten Wahlpolitik entspricht.

Während Ihrer Präsidentschaftskampagne wurden Sie wiederholt gefragt, wie Sie die Bedürfnisse des Menschen und der Umwelt finanzieren würden, die tatsächlich mit Bruchteilen der Militärausgaben bezahlt werden könnten. Ihre Antwort war durchweg kompliziert und bezog sich immer auch auf das Erheben von Steuern. Wir glauben, dass es wirksamer wäre, häufiger die Existenz des Militärs und dessen tatsächliche Kosten zu erwähnen. "Ich würde die Ausgaben für das nie geprüfte Pentagon um 4% senken", ist in jeder Hinsicht eine überlegene Antwort auf jegliche Erklärung eines Steuerplans.

Fortsetzung von Seite 10:

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0355.html>

Ein Großteil der Argumente, von denen wir glauben, dass sie gemacht werden sollten, wurden in einem Video eingebracht, das Anfang 2018 auf Ihrer Facebook-Seite veröffentlicht wurde. In Ihren öffentlichen Kommentaren und politischen Vorschlägen fehlt diese Argumentation jedoch generell. In Ihrem kürzlich vorgelegten 10-Punkte-Plan bleibt Außenpolitik völlig unerwähnt.

Wir glauben, dass diese Auslassung nicht nur ein Manko ist. Wir glauben, dass das, was eingeschlossen wird, zusammenhanglos wird. Die Militärausgaben machen weit über 60% der im Ermessen stehenden Ausgaben aus. Eine öffentliche Politik, die die Erwähnung ihrer Existenz vermeidet, ist überhaupt keine öffentliche Politik. Sollten die Militärausgaben steigen oder fallen oder unverändert bleiben? Dies ist die allererste Frage, die es zu stellen gilt. Wir haben es hier mit einem Geldbetrag zu tun, der zumindest vergleichbar ist mit dem, was man durch die Besteuerung von Vermögen und Unternehmen erzielen könnte (etwas, das wir sicherlich auch befürworten).

Ein winziger Bruchteil der US-Militärausgaben könnte den Hunger, den Mangel an sauberem Wasser und viele Krankheiten weltweit beenden. Keine humanitäre Politik kann die Existenz des Militärs negieren. Bei keiner Diskussion über ein kostenloses College, saubere Energie oder öffentliche Verkehrsmittel sollte der Ort unerwähnt bleiben, an dem jährlich eine Billion Dollar investiert wird.

Krieg und Kriegsvorbereitungen gehören zu den schlimmsten Zer-

stören unserer natürlichen Umgebung, wenn nicht sogar zum größtem Zerstörer. Keine Umweltpolitik kann dies ignorieren.

Der Militarismus ist die Hauptquelle für die Erosion von Freiheiten und die beste Rechtfertigung für das Regierungsgeheimnis, der wichtigste Grund für Flüchtlingsströme, der größte Widersacher der Rechtsstaatlichkeit, der wichtigste Unterstützer von Fremdenfeindlichkeit und Bigotterie und der Hauptgrund, warum wir der Atomapokalypse ausgesetzt sind. Es gibt keinen Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens, der von dem, was Eisenhower als den militärischen Industriekomplex bezeichnet hat, unberührt bleibt.

Die US-Öffentlichkeit spricht sich für eine Senkung der Militärausgaben aus.

Selbst der Kandidat Trump bezeichnet die Kriege seit 2001 im Wahlkampf als kontraproduktiv, eine Aussage, die ihn am Wahltag nicht geschadet zu haben scheint.

Bei einer Gallup-Umfrage in 65 Nationen im Dezember 2014 lag den Vereinigten Staaten weit vorn, das Land galt als die größte Bedrohung für den Frieden der Welt, und eine Pew-Umfrage aus dem Jahr 2017 stellte in den meisten befragten Ländern eine Mehrheit fest, die die Vereinigten Staaten als Bedrohung ansah. Wenn die Vereinigten Staaten, für die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, Schulen, Medikamenten und Sonnenkollektoren verantwortlich wären, würden wir sicherer sein und wären weltweit weit weniger Feindseligkeit aus-

gesetzt. Dieses Ergebnis würde einen Bruchteil dessen kosten, was an den USA so unbeliebt ist und abgelehnt wird.

Wirtschaftswissenschaftler der University of Massachusetts in Amherst haben dokumentiert, dass die Militärausgaben eher wirtschaftlich negative Konsequenzen haben als dass sie Arbeitsplätze schaffen.

Wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Innenpolitik. Wir erkennen an, dass bei den Vorwahlen der US-Präsidentschaftswahlen gegen Sie manipuliert wurde, und wir möchten die grundlose Meinung, dass Sie fair unterlagen nicht unterstützen. Wir geben Ihnen diese Ratschläge auf der Basis einer freundschaftlichen Unterstützung. Einige von uns arbeiteten für die Unterstützung Ihrer Präsidentschaftskampagne. Andere von uns hätten sie unterstützt und hätten hart gearbeitet für Ihre Nominierung wenn Sie ein Kandidat für den Frieden gewesen wären.

Unterzeichner:

Elliott Adams, Chair, Meta Peace Team, Training Team, and former President, Veterans For Peace
Christine Ahn, International Coordinator, Women Cross DMZ
Shireen Al-Adeimi, Assistant Professor, Michigan State University
Hisham Ashur, Amnesty International of Charlottesville, VA
Medea Benjamin, Cofounder, CODEPINK for Peace
Karen Bernal, Chair, Progressive Caucus, California Democratic Party
Leah Bolger, Chair of Coordinating Committee, World BEYOND War; former President, Veterans For Peace
Philip Brenner, Professor, American University

Jacqueline Cabasso, Executive Director, Western States Legal Foundation; National Co-convener, United for Peace and Justice
Leslie Cagan, peace and justice organizer
James Carroll, author of House of War
Noam Chomsky, Professor, University of Arizona; Professor (emeritus), MIT
Helena Cobban, President, Just World Educational
Jeff Cohen, Founder of FAIR and co-founder of RootsAction.org
Marjorie Cohn, activist scholar; former President, National Lawyers Guild
Gerry Condon, President, Veterans For Peace
Nicolas J.S. Davies, author, journalist
John Dear, author, Campaign Nonviolence
Roxanne Dunbar Ortiz, author
Mel Duncan, Founding Director, Nonviolent Peaceforce
Carolyn Eisenberg, Professor of History and American Foreign Policy, Hofstra University
Michael Eisenscher, National Coordinator Emeritus, U.S. Labor Against the War (USLAW)
Pat Elder, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War
Daniel Ellsberg, author, whistleblower
Jodie Evans, co-founder CODEPINK
Rory Fanning, author
Robert Fantina, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War
Mike Ferner, Former President, Veterans For Peace
Margaret Flowers, Co-Director, Popular Resistance
Carolyn Forché, University Professor, Georgetown University
Bruce K. Gagnon, Coordinator, Global Network Against Weapons & Nuclear Power in Space
Pia Gallegos, Former Chair, Adelante Progressive Caucus of the Democratic Party of New Mexico
Joseph Gerson (PhD), President, Campaign for Peace Disarmament and Common Security
Chip Gibbons, Journalist; Policy & Legislative Counsel, Defending Rights & Dissent
Charles Glass, author of They Fought Alone: The True Story of the Starr Brothers, British Secret Agents in Nazi-Occupied France
Van Gosse, Professor, Franklin & Marshall College
Arun Gupta, Independent Journalist
Hugh Gusterson, Professor of anthropology and international affairs, George Washington University
David Hartsough, Co-Founder, World BEYOND War
Matthew Hoh, Senior Fellow, Center for International Policy
Odile Hugonot Haber, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War
Sam Hussein, Senior Analyst, Institute for Public Accuracy
Helen Jaccard, member, Veterans For Peace
Dahr Jamail, author, journalist
Tony Jenkins, Education Director, World BEYOND War
Jeff Johnson, President, Washington State Labor Council
Steven Jonas, M.D., M.P.H., columnist, author of The 15% Solution
Rob Kall, host, Bottom-Up Radio; publisher, OpEdnews.com
Tarak Kauff, member, Veterans For Peace; Managing Editor, Peace in Our Times
Kathy Kelly, Co-Coordinator, Voices for Creative Nonviolence
John Kiriakou, CIA torture whistleblower and former senior investigator, U.S. Senate Committee on Foreign Relations
Michael D. Knox, PhD, Chair, U.S. Peace Memorial Foundation
David Krieger, President, Nuclear Age Peace Foundation
Jeremy Kuzmarov, lecturer, Tulsa Community College; author of The Russians Are Coming Again
Peter Kuznick, Professor, American University
George Lakey, author; Co-Founder, Earth Quaker Action Team (EQAT)
Sarah Lanzman, activist
Joe Lauria, Editor-in-Chief, Consortium News
Hyun Lee, U.S. National Organizer, Women Cross DMZ
Bruce E. Levine, psychologist; author of Resisting Illegitimate Authority
Nelson Lichtenstein, Professor, UC Santa Barbara
Dave Lindorff, journalist

John Lindsay-Poland, Coordinator, Project to Stop U.S. Arms to Mexico
David Lotto, Psychoanalyst, Editor of the Journal of Psychohistory
Chase Madar, author and journalist
Eli McCarthy, Professor of Justice and Peace Studies, Georgetown University
Ray McGovern, former CIA analyst and presidential briefer
Myra MacPherson, author and journalist
Bill Moyer, Executive Director, Backbone Campaign
Elizabeth Murray, member, Veteran Intelligence Professionals for Sanity
Michael Nagler, Founder and President, the Metta Center for Nonviolence
Dave Norris, Former Mayor, Charlottesville, VA
Carol A. Paris, MD, Immediate Past President, Physicians for a National Health Program
Miko Peled, author of *The General's Son: Journey of an Israeli in Palestine*
Gareth Porter, author, journalist, historian
Margaret Power, Professor, Illinois Tech
Steve Rabson, Professor Emeritus, Brown University; Veteran, United States Army
Ted Rall, cartoonist, author of *Bernie*
Betty Reardon, Founder, International Institute on Peace Education
John Reuwer, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War
Mark Selden, Senior Researcher, Cornell University
Martin J. Sherwin, University Professor of History, George Mason University
Tim Shorrock, author and journalist
Alice Slater, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War; UN NGO Rep., Nuclear Age Peace Fdn
Donna Smith, National Advisory Board Chair, Progressive Democrats of America
Gar Smith, Director, Environmentalists Against War
Norman Solomon, National Coordinator, RootsAction.org; Executive Director, Institute for Public Accuracy
Jeffrey St. Clair, Co-author, *The Big Heat: Earth on the Brink*
Rick Sterling, activist and journalist
Oliver Stone, filmmaker
Rivera Sun, Author and Nonviolence Strategy Trainer
David Swanson, Director, World BEYOND War; Advisory Board Member, Veterans For Peace; author of *War Is A Lie*
Brian Terrell, Co-Coordinator, Voices for Creative Nonviolence
Brian Trautman, National Board Member, Veterans For Peace
Sue Udry, Executive Director, Defending Rights & Dissent
David Vine, Professor, Department of Anthropology, American University
Donnal Walter, Member of Coordinating Committee, World BEYOND War
Rick Wayman, Deputy Director, Nuclear Age Peace Foundation
Barbara Wien, Professor, American University
Ann Wright, Retired U.S. Army Colonel and former U.S. diplomat who resigned in opposition to U.S. war on Iraq
Greta Zarro, Organizing Director, World BEYOND War
Kevin Zeese, Co-Director, Popular Resistance Stephen Zunes, Professor of Politics, University of San Francisco

Über den Autor CO-OP News - Dieser Blog wird betrieben vom Coop Antikriegscafe in Berlin, Rochstr. 3

Deutsche Erstveröffentlichung: <https://cooptv.wordpress.com/2018/11/28/offener-brief-an-us-senator-bernie-sanders-von-ueber-100-intellektuelle-und-aktivisten-aus-den-usa/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com, Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0355.html>

Vietnam vor 65 Jahren

Die Aufteilung des feudalen Grundbesitzes an die Bauern trug zum Sieg bei Dien Bien Phu bei

von Gerhard Feldbauer, 6. Dezember 2018

Wo es im Ergebnis des antikolonialen Kampfes nicht gelang, die Agrarfrage zu lösen, bleiben die Völker der Dritten Welt weiter der Herrschaft des Imperialismus unterworfen. Es ist deshalb von geradezu gebieterischer Aktualität, sich daran zu erinnern, wie vor 65 Jahren in Vietnam die Bodenreform zu einem Siegespfeiler wurde. 1946 hatte Frankreich die nach dem Sieg der Augustrevolution 1945 gebildete Demokratische Republik Vietnam überfallen, um seine koloniale Herrschaft über den unabhängigen Nationalstaat wieder zu errichten. In sieben blutigen Kriegsjahren war es nicht gelungen, den Widerstand zu brechen. Nun setzte die Kolonialmacht im Tal von Dien Bien Phu im nordwestlichen Bergland an, das Volk in einer Entscheidungsschlacht endgültig niederzuwerfen.

Die Führung der DRV traf umfangreiche politische, wirtschaftliche und militärischen Vorbereitungen. Dazu gehörte am 4. Dezember 1953 der Beschluss der Nationalversammlung über das Dekret einer Bodenreform. Das Land der französischen Kolonialisten und derjenigen vietnamesischen Großgrundbesitzer, die sich als Feinde der DRV erwiesen hatten, wurde entschädigungslos enteignet und an die armen Bauern

verteilt. Fünf Millionen Menschen erhielten 810.000 Hektar Nutzfläche. Großgrundbesitzer, die sich im Befreiungskampf auf die Seite der Volksmacht gestellt oder sich auch nur loyal verhalten hatten, wurden für Grund und Boden, Vieh und Technik entschädigt und durften ihr übriges Eigentum behalten.

Die Bodenreform, mit der eine entscheidende Aufgabe der nationaldemokratischen Revolution durchgeführt und die feudalen Zustände beseitigt wurden, festigte die Volksmacht nicht nur politisch und ökonomisch entscheidend, sondern auch militärisch. Sie stellte das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, welche die Mehrheit der Kämpfer der vietnamesischen Volksarmee stellten, auf eine feste Grundlage. Die Soldaten der französischen Marionettenarmee erhielten Bodenanteile zugesichert, wenn sie deren Reihen verließen. Nicht zuletzt davon ausgehend ist die vietnamesische Agrarreform mit der Sklavenbefreiung durch Abraham Lincoln als einer wesentlichen Voraussetzung für den Sieg der bürgerlichen Revolution im amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Südstaaten verglichen worden.

Die Partei der Werktätigen Vietnams (diesen Namen führte die

kommunistische Partei während des Widerstandskrieges gegen Frankreich und dem folgenden bis 1975 währenden gegen die USA) ging von den Grundsätzen der Bündnispolitik aus, die Ho Chi Minh bereits bei der Gründung der Partei 1930 während des Kampfes gegen die französische Kolonialherrschaft gelegt hatte. Er ging von Lenins Hinweisen aus, dass das Proletariat ein "siegreicher Kämpfer für den Demokratismus" nur unter der Bedingung sein kann, "dass sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt" (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Bd. 9, Berlin/DDR, S. 48).

Diesen Grundsatz hatte die KPV 1930/31 verwirklicht, als sie sich als Führer der Arbeiterklasse an die Spitze des spontan ausgebrochenen Bauernaufstandes in Zentralvietnam stellte. In diesen Kämpfen entstanden Sowjets der Arbeiter und Bauern, die das Land der Feudalherren an die Bauern verteilten und sich über ein halbes Jahr gegen die Übermacht der Kolonialtruppen verteidigten. Trotz ihrer Niederlage wurde in diesen Kämpfen das "Bündnis für die siegreiche Augustrevolution 1945 geschmiedet", schätzte Ho Chi Minh ein (30 Jahre Kampf der Partei, Ha-

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien / Kuba Abzug kubanischer Ärzt*innen aus Brasilien

von Júlia Dolce

(São Paulo, 19. November 2018, *Brasil de Fato*) - Die kubanische Regierung kündigte am 14. November den Abzug kubanischer Ärzt*innen aus Brasilien an, die im "Programm Mehr Ärzt*innen" PMM (Programa Mais Médicos) mitgewirkt hatten. Das Programm, welches 2013 unter der

noi 1960). Hätte die Partei die Bauern 1930 im Stich gelassen, so Ho Chi Minh, wären diese ihr in der Augustrevolution nicht gefolgt.

Bei der Durchführung der Bodenreform gab es Überspitzungen. Landeigentümer, die die nach den Landesverhältnissen Großbauern waren, wurden wie Großgrundbesitzer enteignet, manchmal auch wie Feinde behandelt. Nach dem Sieg sorgte Ho Chi Minh persönlich dafür, dass die linken Abweichungen korrigiert wurden.

*

Quelle:

© 2018 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
des Autors

[http://www.schattenblick.de/
infopool/geist/history/
ggmm0194.html](http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0194.html)

letzten gewählten Präsidentin Dilma Rousseff eingeführt wurde, ermöglichte Menschen in abgelegenen Regionen, wie dem Amazonasgebiet, und in Favelas zum ersten Mal Zugang zu medizinischen Behandlungen. Grund für den Abzug ist die Haltung der neu gewählten Regierung unter Jair Bolsonaro, die die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit der Initiative verändern möchte. Die kubanische Regierung stuft die Ansagen der zukünftigen Regierung als "bedrohlich und abwertend" ein. Was bisher wenig diskutiert wurde, ist, was mit den Menschen geschieht, die nun ohne ärztliche Betreuung dastehen, nachdem 8.469 Ärzte das Land verlassen haben.

Betroffen von dem zukünftigen Ärzt*mangel sind vor allem Schwarze und Arme

Für die ehemalige Leiterin des Programms in Rio de Janeiro, Ana Marta da Silva Santos, ist die Handlung der Regierung Bolsonaros eindeutig rassistisch, denn 70 Prozent der Patient*innen von PMM sind Schwarze. In einem Interview mit *Brasil de Fato* sagt sie: "Wen trifft es am Härtesten und wer wird am ehesten von der fehlenden ärztlichen Betreuung betroffen sein? Es sind zum Großteil Schwarze; die Mutter von

zehn Kindern in der Favela; die Mutter, die ihren Lebensraum mit Drogenkriminalität und dem Militär teilt; die Großmutter, die bereits viele Enkel*innen großgezogen hat, ohne ihnen eine Ausbildung und ein Weiterkommen im Leben garantieren zu können und bzw. oder die bereits einige dieser Enkel*innen an den Staat verloren hat, der Schwarze, Arme und Menschen aus Favelas ermordet. Man kann deutlich sehen, dass aktiv diejenigen vernachlässigt werden, die immer schon benachteiligt waren: und zwar die Schwarze Community. Das sind dieselben Menschen, die seit der Kolonialzeit nur die Krümel abbekommen haben. Mit der Gesundheit ist es das Gleiche."

Santos sieht keine Möglichkeit, die Lücken, die durch das Fortgehen der kubanischen Ärzt*innen entstanden sind, mit brasilianischen Ärzt*innen zu füllen, wie es das Gesundheitsministerium vorschlägt. Am 20. November sollten die Stellen, die vorher mit kubanischen Ärzt*innen besetzt waren, ausgeschrieben werden. "Ich könnte niemals sagen, dass das nicht klappen wird, weil ich will, dass es klappt. Ich will es für die Schwarzen Schwestern und Brüder, die Zugang zu medizinischer Versorgung brauchen, um ihren physischen und emotionalen Schmerz zu lindern. Aller-

dings reicht die Zahl der brasilianischen Ärzt*innen dafür nicht aus", beklagt Santos.

Anders als in Brasilien sind Schwarze Ärzt*innen in Kuba völlig normal

Ana Marta Santos stammt aus Bahia im Nordosten Brasiliens und hat sieben Jahre Medizin in Kuba studiert. Nach ihrem Abschluss kehrte sie nach Brasilien zurück. Sie arbeitete dort in der Gesundheitsverwaltung im Bundesstaat Bahia und spezialisierte sich auf Familienmedizin. Die Anerkennung für ihr Diplom legte sie an der Staatlichen Universität des Bundesstaates Paraíba UFPB ab. Von 2015 bis 2017 war Santos Leiterin vom PMM in Rio de Janeiro, wo sie die aus Kuba ankommenden Ärzt*innen betreute und Ansprechpartnerin für das Programm war. Der Umgang mit den kubanischen Ärzt*innen in Brasilien zeigte ihr einmal mehr, was institutioneller Rassismus bedeutet. Santos, die auch zu den Themen öffentliche Gesundheit und afrobrasilianische Mediziner*innen forscht, sagt dazu: "Die soziale Struktur in Kuba unterscheidet sich stark von der in Brasilien. Dass man in der Medizin sowohl Schwarze als auch Weiße antrifft, ist etwas sehr Normales. Doch hier wissen wir wer die Privilegierten sind, wer die Stühle an den Universitäten besetzt, in denen die Kinder der Elite ausgebildet werden. Als eine große Anzahl Schwarzer Ärzt*innen aus Kuba eintraf, wurden sie behandelt wie die erste Gruppe Kubaner*innen, die damals in Brasilien ankam. In Fortaleza beschimpften sie sie als Affen und sagten einer Ärztin, dass sie aus-

sehe wie eine Hausangestellte - und das, weil die kubanischen Ärzt*innen aussehen wie eben Menschen aus Kuba aussehen, genau wie wir, wie Schwarze Brasilianer*innen aussehen, wie Menschen aus der brasilianischen Bevölkerung."

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2014 von der Universität Rio de Janeiro UFRJ zeigte, dass nur 17,6 Prozent aller Ärzt*innen in Brasilien sich als Schwarz bezeichnen. Gleichzeitig zeigt die staatliche Antidiskriminierungsstelle SEPPIR (Secretaria Especial de Políticas de Promoção da Igualdade Racial), dass 70 Prozent der Menschen, die auf Leistungen des öffentlichen Gesundheitssystems angewiesen sind, Schwarze sind.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/abzug-kubanischer-aerztinnen-aus-brasilien/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/gesund/m3al2512.html>

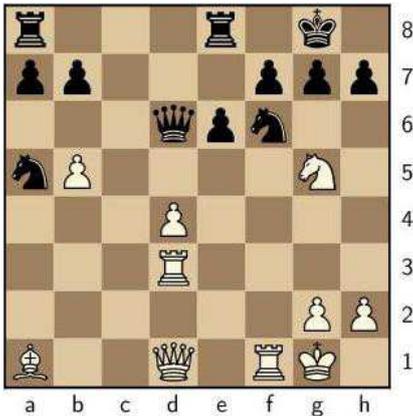
SCHACH-SPHINX

Verschlafene Siegeskombination

(SB) - Wie launisch geht es zuweilen doch auf den Schachbrettern zu. Eine gewonnene Stellung will als solche auch erkannt werden. Wer jedoch blind ist für sein Göttergeschenk, der muß sich eben mit der Niederlage vermählen lassen. Nur die wenigsten Fehler sind umkehrbar. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Schachfreund Seifert mit viel Geschick und nicht weniger Gespür eine herrliche Position für sich aufgebaut. Seine weißen Figuren standen zum entscheidenden Schlag bereit. In der schwarzen Rochadestellung knisterte es bedenklich. Doch wie bereits Georg Christoph Lichtenberg mit der Sentenz "Wir irren allesamt, nur jeder irrt anders!" den menschlichen Hang zur Unentschlossenheit würdigend in Worte gefaßt hatte, so lief auch Freund Seifert an seinem Glück vorbei und zog nunmehr 1.Td3-h3? In der Folge konnte sein Kontrahent Ewald alle Gefahrenpotentiale entschärfen und sich selbst den glänzenden Siegeslorbeer aufs Haupt setzen. Nun, Wanderer, vor welcher Kombination war Schwarz klamm und bang gewesen, die Weiß jedoch nicht sah?

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Unser englischer Schachfreund war wirklich konsterniert, als ihm nach seinem eigenen übereilten Zug 1...Le1-g3?? die Antwort 2.Sb1-d2! vorgesetzt wurde. Plötzlich drohte ja 3.Sd2-f3#, so daß 2...b2-b1D nutzlos war. Nur



Seifert - Ewald
Fernpartie 1992

mit 2...Kh4-g5 hätte er die Partie fortsetzen können, was nach 3.Kg2xg3 jedoch völlig hoffnungslos war. So gab er auf, obwohl der Sieg so nah gewesen war.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06768.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

UMWELT / REDAKTION / KLIMA

CO₂ - Verschiebespiel ...

(SB) - 99 Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, bei den Klimaschutzverhandlungen in Katowice nicht zuzulassen, daß sich Staaten mittels des CDM (Mechanismus zur nachhaltigen Entwicklung) vom Klimaschutz freikaufen können. Im besten Fall sei der CDM ein Nullsummenspiel, eher noch stiegen mit ihm die CO₂-Emissionen an, heißt es in einem Offenen Brief an die Delegationsleiter der gegenwärtigen UN-Klimaschutzverhandlungen. Außerdem Sorge der CDM für die Vertreibung indigener Bevölkerungen aus Gebieten, die für den Klimaschutz nicht angetastet werden dürften [1].

Zum Hintergrund: Es waren die Industriestaaten und eine Handvoll Entwicklungsländer, die, auf lukrative Klimaschutzgeschäfte hoffend, 1997 beim Abfassen des Kyoto-Protokolls auf die Einführung des CDM gedrängt hatten. Die Laufzeit des UN-Klimaschutzabkommens endet 2020. Anschließend tritt das 2015 vereinbarte Übereinkommen von Paris in Kraft. Ob und inwiefern der CDM weiterhin als Bestandteil der Klimaschutzmaßnahme gilt, wird dieser Tage bei der UN-Klimakonferenz COP24 im polnischen Katowice mitverhandelt.

Vom 3. bis 14. Dezember sitzen die Delegierten der Unterzeich-

nerstaaten des Paris-Abkommens zusammen, um für dessen noch sehr allgemein gehaltenen Ziele ein konkretes Regelbuch zu erarbeiten. Jeder Staat soll anschließend genau wissen, was er noch zu tun hat. Auch geht es um das Problem, daß die von den Unterzeichnerstaaten im Vorfeld des Pariser Übereinkommens eingereichten NDC (National Developed Commitments - Nationale Selbstverpflichtungen) nicht genügen und manche Staaten ihre Bemühungen zum Einsparen von Kohlenstoffdioxid und anderen Treibhausgasen verdreifachen müssen, damit eine Welt entsteht, deren globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als zwei Grad, möglichst nur 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit steigt.

Die Kritik von Nichtregierungsorganisationen wie beispielsweise FIAN, Action Aid und Carbon Market Watch an den CDM macht sich an drei zentralen Punkten fest, auch wenn es sicherlich noch mehr daran auszusetzen gäbe:

1. Der CDM untergräbt den heimischen Klimaschutz: Wenn ein Land CO₂ emittiert, ein anderes die gleiche Menge einspart, ist das bestenfalls ein Nullsummenspiel. Das genügt natürlich nicht, um die Produktions- und Reproduktionsweisen einer jeden Gesellschaft zu dekarbonisieren, das heißt, um sie auf jene Bedingungen umzustellen, unter

denen die Treibhausgasemissionen bis spätestens 2050 auf Null zurückgefahren werden. Die Investition in die heimische Wirtschaft hätte weitere Vorteile, zum Beispiel eine saubere Luft.

2. Der CDM hat die Treibhausgasemissionen erhöht: Obschon die Europäische Union ein umfangreiches Emissionshandelsystem aufgebaut hat, bei dem unter anderem CDM-Gutschriften ausgegeben werden, sind nicht nur global, sondern auch innerhalb der EU die Emissionen um rund 580 Millionen Tonnen CO₂ gestiegen. Das liegt laut dem Offenen Brief daran, daß die überwältigende Mehrheit der CDM-Projekte zu keinen echten Emissionsminderungen beiträgt und nur zwei Prozent klimapolitisch integer sind.

3. Durch den CDM werden die Menschenrechte verletzt: Durch einige CDM-Projekte wurden die Menschenrechte, insbesondere die Rechte indigener Völker, verletzt. Zu den katastrophalen Auswirkungen gehören Ausbeutung und Vertreibung lokaler Gemeinschaften, beispielsweise beim Staudammprojekt Barro Blanco in Panama. Der CDM enthalte kein System, durch das solche schädlichen Auswirkungen vermieden oder behoben werden. Darüber hinaus verteilen sich die CDM-Projekte im wesentlichen auf fünf Staaten, wohingegen die am wenigsten entwickelten Länder davon so gut wie gar nicht profitiert haben.

Über diese Kritik an den CDM hinausgehend kann man sogar sagen, daß durch den Klimaschutz das kolonialzeitliche Mu-

ster, demzufolge die reichen Länder den ärmeren unter die Arme greifen und ihnen den Fortschritt bringen, ins 21. Jahrhundert befördert wurde. Außerdem manifestiert sich darin ein indirektes Muster, nämlich daß die reichen Länder ihren Abfall - in diesem Fall ihre Abgase in Form von Treibhausgasen - indirekt in den Entwicklungsländern "abladen", indem sie dort den Aufbau umwelt- und klimafreundlicher Technologien finanzieren. Ohne diese "Kohlenstoff-Müllhalde" müßten die reichen Länder selber ran und ihre eigenen Emissionen reduzieren.

Dem noch nicht genug perpetuiert sich durch den CDM das kapitalistische Wirtschaftssystem. Das setzt auf einen steigenden Energiebedarf in Folge von Wachstum, Wachstum und noch mehr Wachstum. Je mehr die Wirtschaft wächst und dabei regenerativ und nicht fossile Energieträger verwendet werden, desto mehr CDM-Projekte können generiert werden. "Regenerativ" ist jedoch nicht gleichbedeutend mit kohlenstoffneutral. Wenn beispielsweise schnell wachsende Bäume angebaut werden, deren Holz gehäckselt und über größere Entfernungen zu den Verbrauchern transportiert wird, verbraucht das Treibstoff, und der ist in der Regel fossiler Natur.

In dem Offenen Brief wird zu Recht gefragt, ob die Investitionen wirklich immer, wie gefordert, zusätzlich geleistet oder ob nicht vielmehr Projekte finanziert werden, die sowieso mit der gleichen Technologie gebaut worden wären. Und so wird resümiert: "Klimaziele werden ge-

setzt, um die globale Erwärmung zu begrenzen, und es gibt keinen eigentlichen Nutzen, wenn man sie nur auf dem Papier erfüllt. Keine buchhalterischen oder technischen Tricks können die Atmosphäre täuschen, und wenn diese so genannten Lösungen Menschen und der Umwelt schaden, sind wir am Ende die Verlierer und Opfer unserer eigenen Kurzsichtigkeit."

Bleibt abschließend zu ergänzen, daß diese Kurzsichtigkeit nicht aus Unwissenheit geboren ist, sondern aus einem benennbaren Interesse jener gesellschaftlichen Kräfte herrührt, die von den Schadensfolgen ihres Einflusses und Wirkens am wenigsten betroffen sind.

Anmerkungen:

[1] <https://carbonmarketwatch.org/publications/open-letter-to-unfccc-heads-of-delegations-on-ending-the-cdm/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/unkl-678.html>

**Täglich Umweltdaten
zu der Luftbelastung
in den Bundesländern
siehe unter:**

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-ba.shtml

bis

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-th.shtml

GUTE-NACHT**Im Advent -
Das geht doch nicht!**

(SB) - "Mama, schau mal, was wir bei Opa im Heu gefunden haben", rufen Simon und Marlene fast gleichzeitig beim Nachhausekommen. "Im Heu", schaudert es Mama, sie denkt sofort an eine tote Ratte. Doch das werden die Kinder ja wohl nicht mitgebracht haben. Aber das Stoffschaf schafft es auch nicht, Mama aufzuheitern.

"Wo das Wolltier vielleicht schon überall gelegen hat, ich mag es gar nicht anfassen. Das müssen wir erst einmal waschen, Ab in die Waschmaschine damit", sagt Mama und hat das Wollschaf schon am Schlafittchen gepackt und ins Badezimmer getragen. So schnell können die beiden Kinder gar nicht schauen, geschweige denn verhindern, daß das Schaf in die Trommel kommt. Marlene ist empört: "Nein, du steckst uns doch auch nicht in die Waschmaschine, wenn wir schmutzig sind."

"Wascht euch jetzt erst mal die Finger und dann kommt zum Abendbrot." Marlene aber ist sauer und läuft beleidigt in ihr Zimmer. Simon kann auch nicht verstehen, warum Mama sich so aufregt, aber er sagt lieber nichts und geht sich brav die Hände waschen.

"Kommst du jetzt zum Essen", ruft Mama nach Marlene. Doch die liegt verärgert und weinend auf ihrem Bett. Ein Schaf steckt man eben nicht einfach in die Waschmaschine. Außerdem ist es aus Wolle. Wenn es jetzt einläuft?

Gute Nacht!

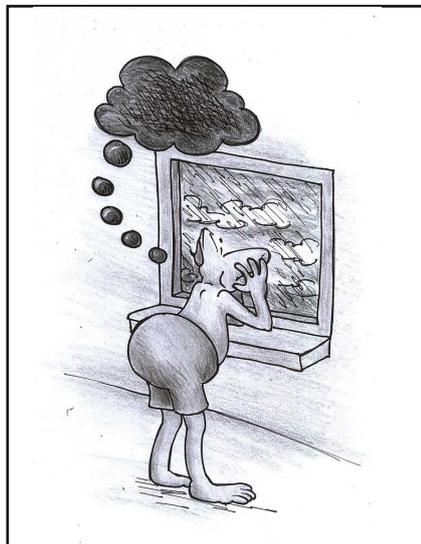
<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschi/kggn3656.html>

I n h a l t **Ausgabe 2761 / Freitag, den 7. Dezember 2018**

- 1 Messe links - Dialektik der Führung ... Lou Marin im Gespräch
- 6 Nicaragua - "Das wichtigste ist, die Diktatur loszuwerden" (poonal)
- 8 Mexiko - Umstrittene Gesetzesinitiative für Agrarentwicklungsgesetz Ejido (poonal)
- 9 Adventskalender für Freitag, den 7. Dezember
- 10 Chile - Getöteter Mapuche war im Visier der Behörden (poonal)
- 11 An US-Senator Bernie Sanders von über 100 Intellektuellen und ... (Pressenza)
- 15 Vietnam vor 65 Jahren - antikoloniale Bodenreform trug ... (Gerhard Feldbauer)
- 16 Abzug kubanischer Ärzt*innen aus Brasilien (poonal)
- 17 SCHACH-SPHINX: Verschlafene Siegeskombination
- 18 CO2 - Verschiebespiel ...
- 20 Gute Nacht - Das geht doch nicht!
- 20 Wetter: Und morgen, den 7. Dezember 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**Und morgen, den 7. Dezember 2018**

+++ Vorhersage für den 07.12.2018 bis zum 08.12.2018 +++



Milde, trübe Nordseeluft,
Regen, Regen, Regen
öffnen Jean-Lucs Seelengruft,
ihn ins Grau zu fegen.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Elektronische Zeitung Schattenblick

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.